

DIE GRÜNEN



WAHLPLATTFORM ZUR BUNDESTAGSWAHL 1980

Was wollen die Grünen?

Wir wollen vernünftige und lebensnotwendige Alternativen in allen politischen Bereichen bieten.

Die herrschende Politik ist bestimmt von der Vorstellung, daß nur ein ständiges Wachstum den Lebensstandard und die Lebensqualität garantieren kann. Dagegen sagen wir GRÜNEN, daß der qualitative Lebensstandard trügerisch ist und in Wirklichkeit die Lebensqualität sinkt.

Der bisherigen eindimensionalen Wachstumspolitik setzen wir GRÜNEN ein Programm entgegen, dessen Ziel die Wiederherstellung bzw. die Erhaltung des Wohlbefindens der Menschen ist. Nur dieses muß unserer Meinung nach „wachsen“.

Dieses Ziel geht von den folgenden 4 Säulen aus:

- Wirtschaft und Arbeitswelt
- Frieden in der Welt
- Umwelt und Natur
- Mensch und Gesellschaft

Mit unserem Programm für diese Bereiche treten wir gleichzeitig der Behauptung entgegen, wir seien nur eine „Ein-Punkt-Partei“, die sich ausschließlich auf den Umweltschutz konzentriere.

Eine ökologische Politik läßt sich im Gegensatz dazu nur verwirklichen, wenn alle wesentlichen Bereiche menschlichen Daseins in unserer Gesellschaft und auf der ganzen Welt berücksichtigt werden. Dies ist deshalb unbedingt notwendig, weil die ökologische Krise eine globale Krise ist, die durch die weltweite Anhäufung von nuklearem Material im militärischen Bereich zusätzlich verschärft worden ist.

Unsere Politik ist davon bestimmt, daß die ökologische Krise nur auf demokratische Weise — also nur mit aktiver Zustimmung der Bevölkerung — gelöst werden kann. Wir müssen die Lösung dieser Krise bald in Angriff nehmen, wenn wir eine un-demokratische verhindern wollen.

Grundsätze

Unsere Politik ist

— ökologisch, weil sie der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für uns und die zukünftige Generation den Vorrang einräumt und sich an den Bedürfnissen der Menschen und ihren schöpferischen Fähigkeiten orientiert. Sie wendet sich gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur innerhalb der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft und in den existierenden zentralistischen Planwirtschaften.

— sozial, weil wir der Auffassung sind, daß die Menschen der ökologischen Krise nur begegnen können, wenn ihre Selbstbestimmung und ihre freie Entfaltung gemeinsam und solidarisch mit anderen Menschen und in Übereinstimmung mit ihrer Umwelt verwirklicht werden. Wir setzen uns dafür ein, daß die Umwälzungen, die durch die ökologische Krise und ihre Bewältigung auf uns zukommen, nicht zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung, der Benachteiligten und Behinderten dieser Gesellschaft gehen.

— basisdemokratisch, weil wir uns für direkte Demokratie einsetzen. Dadurch werden Entscheidungen über öffentliche Angelegenheiten am wirksamsten überschaubar. Diese Form der Demokratie läßt sich am ehesten auf dezentraler Ebene verwirklichen. Wir wenden uns gegen die überhandnehmende Bürokratie, der die Bürger hilflos ausgeliefert sind, gegen die zunehmende Willkür und den zunehmenden Machtmissbrauch der wirtschaftlichen und staatlichen Apparate.

— gewaltfrei, weil nur in einer gewaltfreien Gesellschaft die Unterdrückung von Menschen durch den Menschen und die Gewalt von Menschen gegen Menschen aufzuheben ist. In einer Zeit, in welcher national und international die Politik von Gewalt und Gewaltandrohung beherrscht wird, treten wird für vielfältige gewaltfreie Widerstandsformen ein. Solche Widerstandsformen sind z. B. „ziviler Ungehorsam“ oder aktiver sozialer Widerstand.

Wirtschaft und Arbeitswelt

1. Wirtschaftspolitik

Die Grenzen des quantitativen Wachstums werden immer deutlicher; ein Raubbau unwiderbringlicher Rohstoffe wird betrieben. Aus kurzfristigen wirtschaftlichen und politischen Interessen wird die Zerstörung der Natur und des Menschen akzeptiert. Die Folgen dieser Politik sind Umweltverschmutzung, psychisches und physisches Elend, Existenzangst und Katastrophen.

Die ökologische und ökonomische Krise kann nur gelöst werden, wenn an die Stelle der profitorientierten Wirtschaftsziele eine ökologische (dynamische) Kreislaufwirtschaft tritt. In ihr werden umweltverträgliche Produkte hergestellt, die den Bedürfnissen der Menschen entsprechen. In der Kreislaufwirtschaft entscheiden die Menschen selbst, was, wie und wo produziert wird.

Ökologisch wirtschaften heißt:

- Investitionen müssen zum Ziel haben, den Verbrauch von Energie und Rohstoffen zu senken. Sie sollen keine Arbeitsplätze vernichten. Ökologische Politik schafft Arbeitsplätze (Umweltschutz, ökologische Landwirtschaft, alternative Energien, Ausbau der sozialen und kulturellen Bereiche).
- Produktion dauerhafter reparierbarer Güter.
- Wiederverwendung von Altmaterialien und Rückführung organischer Abfälle in den Naturkreislauf.
- Neben die reine Finanzbuchhaltung muß eine „ökologische Buchhaltung“ treten, mit der die bei der Produktion entstehenden Umweltschäden mitbilanziert werden (Luft, Wasser und Boden sind danach Kosten).
- Qualität statt immer mehr Quantität.

2. Beschäftigungspolitik

Ziel einer neuen Beschäftigungspolitik muß es sein, die Arbeit gerechter zu verteilen. In der jetzigen Gesellschaft gibt es kein Recht auf Arbeit und schon gar nicht auf menschenwürdige, sinnvolle Arbeit. Die Arbeit vieler Menschen ist sinnentleert und zerstörend. Die Menschen sind physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt, die sie krank machen. In den kommenden Jahren wird die Arbeitslosigkeit durch neue Technologien weiter anwachsen und noch mehr Menschen ins soziale Elend stürzen. Die Politik der etablierten Parteien ist dagegen wirkungslos, da sie das profitorientierte Wirtschaften nicht überwinden wollen. Für uns bedeutet Beschäftigungspolitik neben der Schaffung vieler Arbeitsplätze auch durch einen forcierten Ausbau von Alternativenergien und Umweltschutz:

- Abbau der Akkord- und Fließbandarbeit, der Nacht- und Schichtarbeit.
- Verkürzung der Arbeitszeit (35-Stunden-Woche) ohne materielle Einbußen gerade der unteren Einkommen. Die Ungleichheit der Einkommensverteilung ist heute schon sehr groß, und Arbeitszeitverkürzung darf die sozial Schwachen nicht noch ärmer machen.
- Schaffung von Teilzeitbeschäftigung.
- Ausweitung der demokratischen Rechte in den Betrieben und am Arbeitsplatz, weil ökologische Politik auch soziale Politik ist. Deshalb unterstützen die GRÜNEN die arbeitenden Menschen in ihrem Widerstand gegen Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen und gegen Unternehmerwillkür. Deshalb treten die GRÜNEN für ein Verbot der Aussperrung ein.

3. Steuerpolitik

Die Steuer- und Haushaltspolitik der etablierten Parteien hat nicht nur zu Inflation und enormer Staatsverschuldung, sondern auch zur Bevorzugung der ohnehin kapitalkräftigen Gruppen in dieser Gesellschaft geführt. Staatliche Finanzpolitik gilt rein quantitativen Zielen und schreibt die ökologische Krise fort. GRÜNE Finanzpolitik muß überschaubar, gerecht und sozial sein, vor allem aber ökologische Zielsetzungen haben:

- Die Besteuerung der Arbeit ist zu vermindern zugunsten einer Energie- und Rohstoffsteuer.
- Gesundheits- und umweltschädliche Produkte und Verfahren müssen steuerlich belastet werden und unschädliche müssen entlastet werden.
- Investitionshilfen für kleinere und mittlere Betriebe mit ökologischen Produktionszielen und Wirtschaftsmethoden, insbesondere wenn die demokratisch-soziale Strukturen fördern (z. B. alternative Projekte).

4. Sozialpolitik

Durch die Finanzkrise des Staates und die heraufkommende ökologische und ökonomische Krise der Industriewachstumsgesellschaft ist die soziale Sicherheit der Bevölkerung bedroht.

Das „soziale Netz“ ist ein Wirrwarr von Verordnungen, Gesetzen und Bürokratien, in dem der Einzelne Bittsteller bleibt, obwohl die Zahl der Sozialfälle immer größer wird. Der Sinn der Sozialhilfe, nämlich menschliche Zuwendung, ist längst verloren gegangen; es bleibt die Abhängigkeit des Einzelnen von anonymen Apparaten und von einer unsicheren staatlichen Haushaltsslage.

Wir wollen den Staat nicht aus der Verantwortung entlassen, fordern aber die Entwicklung von Alternativen:

- Statt der zentralistischen Sozialhelfämter müssen dezentrale, von den Betroffenen selbst organisierte Stellen geschaffen werden, die von den Kommunen mitfinanziert werden.
- Zur reinen Finanzhilfe muß die nichtmaterielle Hilfe der Mitmenschen kommen, um durch Aufklärung die Eigenverantwortlichkeit und Selbstorganisation der Betroffenen zu fördern.
- An die Stelle der Diskriminierung der „Sozialfälle“ wie der Obdachlosen muß das Bewußtsein über die Ursachen treten. Fast jeder kann zu einem Sozialfall werden, weil die Produktionsbedingungen es so diktieren; dabei sind Entlassungen der erste Schritt.



5. Verkehrspolitik

Trotz Beteuerungen von SPD, CDU/CSU und FDP, mehr für die Erhaltung der Natur zu tun, wird die Versiegelung der Landschaft – mit dem Verlust von täglich 80 ha unbebauten Bodens in der Bundesrepublik – fortgesetzt:

Die wachstumsorientierte und konzentrationsfördernde Politik und Wirtschaft haben zur übermäßigen Trennung der Lebensbereiche, insbesondere von Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit geführt. Die Folge ist ein gigantischer motorisierter Straßenverkehr. Damit werden verantwortungslos immer mehr wertvolle nicht erneuerbare Rohstoffe verschwendet, vor allem Erdöl. Die Umweltgefährdung und -zerstörung, z. B. durch Abgase, nimmt zu. Ebenso steigen gesundheitliche Gefahren für die Menschen, vor allem durch Abgase, Lärm und Verkehrsunfälle.

Ebenso werden die ästhetischen Wirkungen der Natur auf den Menschen mißachtet. Da werden Kanäle in schöne Landschaften gezogen – wie der Rhein-Main-Donau-Kanal und gigantische neue Flughäfen in intakten Landschaften – wie der geplante Flughafen München II im Erdinger Moos – gesetzt.

Wir wollen dagegen:

- Energie- und raumsparende Verkehrssysteme, wie den Schienenverkehr.
- Das Fahrrad als umweltfreundliches Verkehrsmittel und ein zusammenhängendes, bundesweites, qualitativ wesentlich verbessertes und unfallsicheres Fahrradwegnetz.
- vom motorisierten Verkehr befreite Verkehrszenen und ein zusammenhängendes Fußwegenetz.
- die Entwicklung und Produktion umweltfreundlicher und energiesparsamer Antriebsmotoren.
- einen ausgebauten öffentlichen Nahverkehr.

Eine ökologische Kostenrechnung für das Verkehrswesen wird eine weitgehende Reduzierung der Fahrpreise für den Schienenverkehr und den Nulltarif für den Nahverkehr als notwendig aufzeigen. Als erste Maßnahme fordern wir die sofortige Einfrierung der Fahrpreise für den öffentlichen Nahverkehr.



VORHER

Wir wenden uns:

- gegen einen weiteren Autobahn- und Fernstraßenbau und fordern stattdessen Verbesserungen des bestehenden Straßennetzes.
- gegen unbegrenzte Geschwindigkeiten, mit denen die Zahl der Verkehrstoten steigt.
- gegen das Salzstreuen auf den Straßen und wollen stattdessen verstärkte Nutzung von Split und Sand.
- gegen den Bau neuer Großflughäfen und den Ausbau bestehender Großflughäfen.



NACHHER

6. Landwirtschaftspolitik, Forsten und Fischerei

Wir wenden uns gegen die Industrialisierung und Chemisierung der Landwirtschaft, weil sie die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze und Betriebe vermindert, die Landwirte zunehmend von Industrie und Banken abhängig macht, die Landschaften verödet, den Artenreichtum der Tier- und Pflanzenwelt dezimiert, die natürlichen Regenerationskräfte des Bodens und der Pflanzenwelt abbötet, die Qualität der Nahrungsmittel vermindert, zur Tierquälerei führt und die bäuerliche Kultur zerstört.

- Oberstes Ziel muß eine gesunde Ernährung der Bevölkerung sein.
- Durch schrittweisen Übergang zur ökologischen Produktionsweise muß mehr Qualität erzeugt werden.
- Die Verwendung von Giftstoffen muß schrittweise abgebaut werden.
- Biologische Mittel zur Schädlingsbekämpfung müssen verstärkt zur Anwendung kommen.
- Die soziale Sicherheit der bäuerlichen Familien muß gewährleistet werden.
- Landwirte sollen zugleich Landschaftspfleger sein.
- Statt Monokulturen in der Forstwirtschaft brauchen wir naturnahe Mischwälder.
- Statt Raubbau an den Fischbeständen und Vergiftung der Meere fordern wir Fangverbote (z. B. Wale), Schonzeiten für Meerestiere und Reinhaltung der Gewässer.

7. Energiepolitik

Die etablierten Parteien wollen alle von einem weiteren Ausbau der Atomenergie und nehmen dabei ein „Harrisburg“ in Kauf. Die „Endlager im Salz“, die auf Jahrtausende hochgradig radioaktiv bleiben und nicht zuverlässig von der Biosphäre abschirmbar sind, bedrohen sie das Leben von vielen kommenden Generationen.

Die Atomenergie bedroht die Demokratie und die Grundrechte und führt wegen des hohen Sicherheitsrisikos zum Polizei- und Überwachungsstaat („Atomstaat“). Der Export atomarer Anlagen gefährdet den Frieden. Deshalb fordern wir den sofortigen Planungs-, Bau-, Betriebs- und Exportstop aller Atomanlagen.

Eine ökologische Energiepolitik wird die heutige „Energieerzeugung durch Verbrennung“, mit großen Energieverlusten (z. B. Abwärme) und nachhaltigen Umweltschädigungen, ersetzen durch die „Energie Nutzung aus umweltfreundlichen, erneuerbaren dezentral organisierten Energiequellen“ (Sonne, Wind, Wasser, Biogas usw.). Ökologische Energiepolitik strebt also eine Stabilisierung des Energieverbrauches im Rahmen der Umweltverträglichkeit an. Kurz- und mittelfristig kann dies erreicht werden durch sparsamen Umgang mit den vorhandenen Energieträgern, Verbesserung der Wirkungsgrade bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe und bei



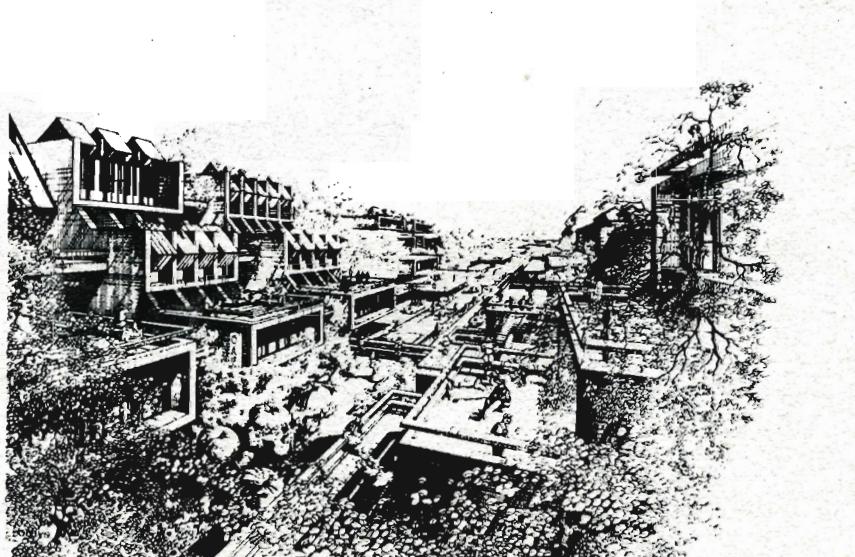
8. Raumordnungs- und Siedlungs-politik (Wohnen)

Wir müssen überwiegend in Ballungs-räumen leben, in denen Arbeiten, Ein-kaufen, Wohnen, Erholen, sich Bilden, getrennt sind. Diese Bereiche müssen in sinnvoller Weise räumlich miteinan-der verbunden werden.

Dies bedeutet Dezentralisierung und Bildung von überschaubaren Einheiten, von selbstverwalteten Unterzentren (Stadtteildemokratie) mit eigenen politi-schen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen. Ziel muß die Demokratisie- rung und Humanisierung – ein mensch-liches Miteinander sein. Eine ausgewoge-ne Raumpolitik muß sich daher vom Leitbild der rein wirtschaftlichen Inter-essen abwenden und orientieren auf Kultur- und Naturlandschaften.

Wir wollen:

- Einführung des kommunalen Bürger-entscheids in allen Bundesländern.
- Erhaltung und Ausbau der geschicht-lichen gewachsenen Stadtteile und der wertvollen Bauten.
- Beseitigung der Bodenspekulation und des Maklerwesens durch kommu-nale Boden- und Wohnungspolitik.
- Verstärkten Schutz für Mieter und Recht auf menschenwürdigen Wohn-raum. Mieten müssen gerade für die sozial Schwachen erschwinglich sein.



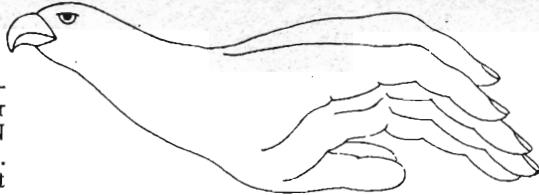
FRIEDEN IN DER WELT

Angesichts der weltweit vorangeschrittenen Rüstung, einschließlich der nuklearen Waffen, treten die GRÜNEN für eine umfassende Friedenspolitik ein. Unser Begriff des Friedens distanziert sich radikal von den herrschenden Konzepten eines „Gleichgewichts des Schreckens“ oder eines „Status quo der Machtblöcke“: FRIEDEN IST FÜR UNS MEHR ALS DIE ABWESENHEIT VON KRIEG. Frieden, Freiheit und Selbstbestimmungsrecht gehören für uns zusammen. Nur eine konsequente Friedenspolitik kann die Kriegsgefahr beseitigen, die auch aus dem Kampf um die knapper werdenden Rohstoffe (Erdöl, Uran) entstanden ist.

Angesichts der sowjetischen Invasion in Afghanistan und der Drohung der USA-Regierung, ihre Öl-Interessen im Nahen Osten notfalls auch militärisch durchzusetzen, ist ein Weltkrieg wieder in greifbare Nähe gerückt. Da alle drei Bundesparteien dem NATO-Beschluß zur „Umrüstung“ auf neuartige atomare Mittelstreckenraketen zugestimmt haben, indem sie vorgaben, der Produktion von SS 20-Raketen das „Gleichgewicht“ halten zu müssen, müssen wir sofort und aktiv handeln.

DIE GRÜNEN wenden sich entschieden gegen jede weitere Aufrüstung auf der ganzen Welt, auch wenn sie als „Nachrüstung“ bezeichnet wird. Für folgende konkrete Schritte treten wir ein:

- daß die Bundesrepublik sofort kalkulierte Abrüstungsschritte ergreift, ihre Rüstungsindustrie abbaut und auf friedliche Produktion umstellt. Dies schließt das Bemühen ein, die übrigen Staaten zu gleichen Maßnahmen zu veranlassen.
- für die Schaffung einer waffenfreien Zone in West- und Osteuropa, als einem ersten Schritt zur Auflösung von NATO und Warschauer Pakt.
- für die Vernichtung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen.
- für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und für den Abzug aller fremden Truppen von fremden Territorien. Wir treten für ein Konzept der Sozialen Verteidigung ein: Nicht-Zusammenarbeit mit der kriegsführenden Macht und Verteidigung mit nichtmilitärischen Mitteln. Der Widerstand wird organisiert und orientiert auf Zivilcourage und direkte Aktion auf dezentraler Ebene. Da-



mit kann einer aggressiven Macht von vornherein deutlich gemacht werden, daß der Versuch einer Besetzung und Beherrschung mehr Schwierigkeiten und Belastungen als Machtwachs und Gewinn bringt.

Ebenso setzen sich DIE GRÜNEN selbstverständlich für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein und lehnen jede Diskriminierung ab. Wir fordern die Abschaffung der Gewissensprüfung bei der Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer.

Auch um den Frieden zu sichern, brauchen wir eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Völkern der 3. Welt. Solange es den erbarmungslosen Wettkampf der multinationalen Konzerngiganten um Rohstoffe und Märkte gibt, wird es immer Kriegsgefahr geben.

Wir fordern, daß die derzeitige Entwicklungs„hilfe“ in Form von Groß- und Prestigeobjekten (wie etwa die Lieferung von Atomraketen nach Brasilien und Argentinien) eingestellt wird und wir den Entwicklungsländern stattdessen sanfte, kleinräumige und angepaßte Technologien und Methoden anbieten, die die Fruchtbarkeit des Landes dauerhaft erhalten, die reichlich vorhandene Sonnenenergie nutzen und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. Auch hierdurch bewahren wir uns selber vor der Zerstörung der natürlichen Kreisläufe (Luft, Wasser, Mineralien) und vor einschneidenden Klimaveränderungen. Dies ist umso wichtiger angesichts der Zerstörung wichtiger Ökosysteme (Amazonas-Regenwald), der Ausbreitung der Wüsten (Sahel-Zone), aber auch der fortschreitenden Verschmutzung der Weltmeere (Nord- und Ostsee).

Im Einzelnen fordern DIE GRÜNEN:

- der Anteil der deutschen Entwicklungshilfe im Sinne der Selbsthilfe muß erhöht werden.

- gerechte Preise für Waren, Rohstoffe und Dienstleistungen für die Entwicklungsländer.
- keine Zusammenarbeit mit Diktaturen, die die Menschenrechte mit Füßen treten.

UMWELT- UND NATURSCHUTZ POLITIK

Umwelt- und Naturschutzpolitik

Seit es DIE GRÜNEN gibt, behaupten auch die etablierten Parteien, wie wichtig doch der Umweltschutz sei. Doch für uns ist ökologische Politik mehr als Umweltschutz. Unsere grundsätzliche Forderung ist die Entwicklung und Anwendung von Produktionsweisen, die eine weitestgehende Wiederverwendung sicherstellen, wenig Rohstoffe und Energie verbrauchen und mit den Erfordernissen der Natur und Umwelt im Einklang stehen. Dies muß auch im Naturschutz und der Landschaftspflege gelten.

Naturschutz will besonders zum Ziel, den Menschen wieder in Partnerschaft mit der Natur zu bringen. Der übliche Naturschutz, der sich oft nur auf den Schutz kleiner Gebiete beschränkt (Biotopschutz), reicht nicht aus. Naturschutz darf nicht mehr in entlegene Landschaften verlegt werden, sondern muß seinen Platz in den Städten und Dörfern sowie deren Umgebung haben.

Deshalb fordern wir:

- Wasser darf nicht mehr als Wegwerfprodukt oder als Abfalldeponie behandelt werden. Vielmehr müssen Feuchtgebiete erhalten und neu angelegt werden, weil sie nicht nur wichtige Lebensräume von Tieren und Pflanzen (Biotope) sind, sondern auch wertvolle Wasserrückhaltegebiete für Trockenzeiten darstellen.
- Das Wasser darf nicht mehr als Wegwerfprodukt oder als Abfalldeponie behandelt werden. Deshalb vermehrte Erhaltung von Feuchtgebieten, da sie nicht nur wichtige Biotope, sondern auch wertvolle Wasserrückhaltegebiete in Trockenzeiten sind.

Wir GRÜNEN setzen uns für den Schutz der Tiere und Pflanzen ein:

- Tiere dürfen juristisch nicht weiterhin als Sachen gelten.
- Tierquälerei ist streng zu bestrafen.
- In der Landwirtschaft sind die Nutztiere art- und naturgemäß zu halten. Tierquälische Massentierzahltungen sind endlich abzuschaffen.

- Zum Tierversuch fordern wir erwerbsmaßen gangbare Alternativmethoden, die sich bereits als gangbar erwiesen hat.
- Genmanipulationen an Tieren und an Menschen lehnen wir ab.
- Wir werden dafür sorgen, daß die Zuständigkeit für den Tier- und Pflanzenschutz von dem Landwirtschaftsministerium auf ein Umweltministerium übertragen wird.

Auch die Luft, die wir atmen, wird immer schlechter. SMOG-Katastrophen nehmen zu. Die Folgen sind Krankheiten, und steigende Lebensgefahren für Alte und Kinder. Ebenso verursacht der Lärm viele Krankheiten.

Deshalb fordern wir:

- Schärfere Emissionsauflagen für Industriebetriebe und Kraftfahrzeuge.
- Schaffung verkehrsberuhigter Zonen.
- Herabsetzung der Lärmgrenzwerte nach gesundheitlichen statt nach finanziellen Gesichtspunkten.
- Einschränkung des Flugverkehrs (Nachtflugverbot).

Schließlich hat auch die Bedrohung menschlichen Lebens und der Umwelt durch die Chemikalien zugenommen. Mehr als 65 000 chemische Stoffe bedrohen unsere Gesundheit und die kommenden Generationen. Auch das neue Umweltchemikaliengesetz bringt keine Besserung. Zu sehr standen die Interessen der Chemieindustrie an seiner Wiege Pate. Nach diesem Gesetz sind chemische Stoffe anmeldungs-, aber nicht genehmigungspflichtig. Wir fordern:

- Industrieunabhängige Verbraucher-einrichtungen, die die neuen Stoffe hinsichtlich ihrer Schädlichkeit kontrollieren.
- Verringerung der chemischen Stoffe am Arbeitsplatz.
- Umweltschädigung ist nachhaltig nur an der Quelle zu bekämpfen. Das Verursacherprinzip ist strikt anzuwenden.

MENSCH UND GESELLSCHAFT

1. Demokratie und Recht

Die Politik der etablierten Parteien hat mit dem Abbau von demokratischen Rechten (Berufsverbote, Bespitzelung usw.) ein Klima der Anpassung und der Resignation hervorgerufen, das freie politische Aktivität gegen Ungerechtigkeiten erschwert. Die Folgen sind eine weitere ungehinderte Aushöhlung der Demokratie sowie Ohnmacht und Angst der Bürger. Für uns ergeben sich folgende dringende Forderungen:

- Mehr eigene, autonome Befugnisse der Bürger, statt der zentralistischen Verwaltung. Unser Ziel ist die weitestgehende Übertragung von Entscheidungsrechten an Betroffene (Selbstverwaltung).
- Mitsprache von Bürgern, Initiativen und Verbänden bei Gesetzesvorhaben.
- Einführung der Popularklage.
- Aufhebung der 5 %-Klausel.
- Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Landes- und Bundesebene.
- Keine Verfilzung zwischen Staat und Wirtschaft.
- Ungehinderte Versammlungs-, Demonstrations- und Meinungsfreiheit.
- Abschaffung des Radikalenerlasses, Aufhebung aller Berufsverbote.
- Hilfe zur Selbsthilfe für Gefangene mit autonomen Gefangenenviertungen statt des staatlichen Straf- und Sühneanspruchs.
- Abschaffung jeder Art von Isolationshaft (z. B. Hochsicherheitstrakte); gleiche und verbesserte Haftbedingungen für alle Gefangenen.
- Das Recht jedes Angeklagten, durch einen Anwalt seines Vertrauens vertreten zu werden; das Verbot jeder Zwangsverteidigung und der Verfolgung von Rechtsanwälten wegen ihrer Tätigkeit als Verteidiger. Die Anti-Terroristen-Gesetzgebung muß aufgehoben werden, da sie die demokra-

tischen Rechte aller Menschen einschränkt.

- Wo Menschen ihre berechtigten Interessen für Umweltschutz, Demokratie oder Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse in die eigenen Hände nehmen, gelangen sie sehr schnell in den Bereich polizeilicher Maßnahmen. Wesentliche Verschärfungen der Polizeigesetzgebung haben die Grundrechte ausgehöhlt. Die umfassende Eingriffsbefugnisse der Polizei, wie Kontrollstellen, Durchsuchungen von Gebäudekomplexen, müssen aufgehoben werden.
- Es darf keine Todesopfer durch polizeilichen Schußwaffengebrauch mehr geben!
- Verbot aller chemischer Kampfstoffe! Erhebung und Verarbeitung von Daten durch Staat, Wirtschaft, Verbände und Privatpersonen sind ein tiefgehender Eingriff in die private und politische Sphäre eines jeden Bürgers.

Deshalb fordern wir:

- Unabhängige Datenschutzorgane mit weitgehenden Kompetenzen bis hin zur Datenvernichtung, die die Betroffenen einrichten.
- Strikte Benachrichtigungspflicht für jeden Bürger.
- Vernichtung von persönlichen Daten und Programmen, die politisch missbraucht werden können.

Datenschutz



2. Frauen

Die Frauen werden von den etablierten Parteien immer nur zur Wahlzeit „entdeckt“. Es werden ihnen Versprechungen gemacht, die hinterher nie eingehalten werden. Die Benachteiligung im Beruf, im Haushalt, in der Familie und anderswo, bedingt durch eine ungleiche Rollenverteilung, durch Erziehung zu passiver Weiblichkeit und mangelnde Ausbildung hält unvermindert an. Wir GRÜNEN, Frauen und Männer, wollen, daß dies anders wird:

- Gleichberechtigung für Mann und Frau in der Ausbildung, im Beruf und in der Rentenfrage.
- Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, die Öffnung von Männerberufen für Frauen sowie die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen für Mann und Frau; schließlich die Abschaffung von Leichtlohngruppen.
- Gleiche schulische und berufliche Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen und Jungen.
- Besseren Mutterschutz durch medizinische Betreuung; mindestens 18 Monate Freistellung von der Arbeit für Mütter oder Väter für die Erziehung der Kinder.
- Anerkennung des Berufes der Hausfrau und Mutter als Vollberuf.
- Erziehungsgehalt für den Elternteil, der die Erziehung übernimmt.
- Wiedereingliederung für Mann/Frau muß gewährleistet werden ins Berufsleben nach Beendigung der Erziehungstätigkeit.
- Abbau der Diskriminierung der Frau durch ein wirksames Anti-Diskriminierungsgesetz auf allen gesellschaftlichen Ebenen (am Arbeitsplatz, in den Medien usw.) mit Beweispflicht des Beklagten.
- Förderung autonomer Fraueninitiativen (wie Frauenhäuser), die sich gegen die alltägliche Gewalt gegen Frauen wenden.
- Im Sinne unserer Friedenspolitik wehren wir uns gegen jeden Militärdienst von Frauen.

DIE GRÜNEN treten für volles Selbstbestimmungsrecht von Frau und Mann ein. In der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung geraten zwei wesentliche Ziele der GRÜNEN in Widerspruch miteinander: einerseits entschieden für das volle Selbstbestimmungsrecht von Frau und Mann einzutreten, andererseits das menschliche Leben in allen Bereichen zu schützen.

Sich für den Schutz des Lebens, an erster Stelle des menschlichen, einzusetzen, für die Weiterentwicklung der Menschheit Sorge zu tragen, macht aber zugleich notwendig, sich dafür einzusetzen, daß das werdende Leben in eine möglichst glückliche und menschenwürdige Zukunft hineinwachsen kann.

Dies sicherzustellen, darf nicht nur von den Möglichkeiten der einzelnen Familie abhängen, sondern erfordert umfangreiche gesellschaftliche und staatliche Unterstützungsmaßnahmen.

Die Schwangerschaftsunterbrechung kann als eine Frage der moralischen Einstellung und der persönlichen Lebensumstände nicht Gegenstand juristischer Verfolgung sein. Sie sollte durch Aufklärung, materielle und gesellschaftliche Hilfen sowie durch Einführung weiterer Methoden der Geburten kontrolliert überflüssig gemacht werden.

Wir fordern:

- Volle Übernahme der Abtreibungskosten durch die Krankenkasse.
- Sichere und unschädliche Verhüttungsmittel für Frau und Mann und deren kostenlose Abgabe.
- Keine Bevormundung und Diskriminierung der Frauen durch Staat und Ärzte.
- Keine Strafverfolgung und Einschüchterung von Frauen und Ärzten, die abgetrieben haben.

3. Kinder und Jugendliche

Der Lebensraum der Kinder und Jugendlichen wird immer mehr eingeengt. Dagegen wird von früher Kindheit an Disziplin auf allen Ebenen gefordert, die für die Betroffenen nicht mehr zu durchschauen ist. Sinnvolle Freizeitmöglichkeiten in Eigenverantwortung, die die Phantasie und die Kreativität fördern, aber auch soziales Verhalten zu Solidarität und Mitmenschlichkeit, werden immer geringer. Psychische Störungen vor allem sind schon sehr früh zu beobachten. Resignation, Flucht in Alkohol und Drogen sind die Folgen. Die Ursachen hierzu sind auch darin zu suchen, daß viele Jugendliche keine Aussicht auf einen Arbeitsplatz bzw. einen Ausbildungsplatz haben. Kinder und Jugendliche sollen ihr Leben so früh und so weitgehend wie möglich selbst gestalten. Die Zukunft dieser Kinder und Jugendlichen macht den GRÜNEN Sorge.

- Wir fordern:
- Verbot von Gewaltandrohung und -anwendung.
- Einhaltung des Verbotes von Kriegsspielzeug.
- Sinnvolle Freizeitmöglichkeiten durch und in selbstverwalteten Jugendzentren. Kommunale Förderung von Elterninitiativen für Kinderhäuser.
- Soziale Sicherheit für Auszubildende und Kündigungsschutz bei politischer Betätigung.
- Vereinfachtes Adoptionsverfahren.

4. Alte Menschen

Jeder hat ein Recht auf ein menschenwürdiges Altwerden. Wir wenden uns dagegen, daß viele alte Menschen in Altersheime abgeschoben, von ihrer sozialen Umwelt isoliert und zweitklassig behandelt werden.

Die Bedingungen einer von Solidarität geprägten Gesellschaft können auch heute schon für ältere Menschen erfahrbar gemacht werden,

- indem die Lebensbedürfnisse älterer Menschen bei allen städtebaulichen und verkehrspolitischen Planungen umfassend berücksichtigt werden;
- indem eine dezentrale soziale und medizinische Versorgung in Wohnnähe, kommunale Heimhelferdienste, Tagesstätten mit breitem Betätigungsangebot für ältere Menschen usw. aufgebaut werden;

- indem eine flexible Altersgrenze ab 55 Jahren und zuvor stufenweise verringerte Arbeitszeit eingerichtet wird, gleichzeitig aber Arbeitsmöglichkeiten angeboten bleiben, die auf die Situation älterer Menschen zugeschnitten sind;
- indem den Rentnern ein unversteuertes Einkommen zugesichert wird, das den Mindestlohn für Arbeitnehmer nicht unterschreitet.

5. Soziale Randgruppen

Konsequentes Eintreten für die Belange von sozialen Randgruppen ist ein Hauptanliegen der GRÜNEN. Wir treten ein für das Recht auf Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Selbstverwirklichung und fordern:

- Ausländische Mitbürger und ihre Familien sollen auf Wunsch mit allen Bürgerrechten unserer Gesellschaft ausgestattet werden (Freizügigkeit, freie Wahl des Arbeitsplatzes, freie politische Betätigung). Per Gesetz muß skrupellosen Menschenhändlern Einhalt geboten werden, die mit der Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeiter Geschäfte machen. Gleichfalls müssen unsere ausländischen Mitbürger wirksam vor faschistischen und anderen Terrororganisationen geschützt werden (z. B. „Graue Wölfe“).
- Den Roma/Sinti („Zigeuner“) muß der Erhalt ihrer kulturellen Eigenarten garantiert werden. Sie müssen für erlittenes Unrecht während des „Dritten Reiches“ und in den Konzentrationslagern zusammen mit allen anderen Opfern dieser schrecklichen Vergangenheit entschädigt werden.
- Sexuelle Außenseiter dürfen nicht länger diskriminiert werden. Homosexualität und Heterosexualität müssen als gleichberechtigte Ausdrucksformen menschlicher Sexualität anerkannt werden. Deshalb sind wir gegen jede gesellschaftliche Benachteiligung oder strafrechtliche Sonderbehandlung aufgrund des Sexualverhaltens.
- Die Obdachlosen sind umfassend zu fördern, um auch ihnen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

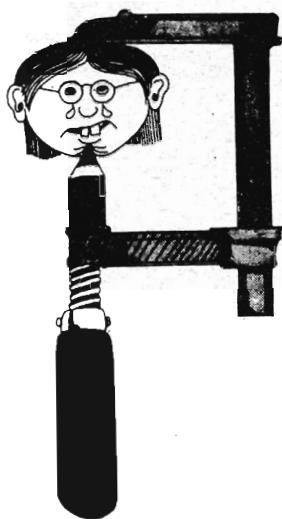


6. Bildung und Forschung

Bildung dient der Selbstfindung des Menschen. Anstatt die Gesamtpersönlichkeit zu fördern, produzieren jedoch „Schulmaschinen“ und technokratische Lehr- und Lerninhalte Streß, Unwohlsein und Krankheit. Der Überwindung sozialer Ungleichheit steht auch das dreigliedrige Schulsystem entgegen.

Dagegen wenden sich die GRÜNEN und fordern:

- Eltern, Lehrer und Schüler müssen das Leben an den Schulen gleichermaßen verantwortlich gestalten, was dezentrale und überschaubare Schulen voraussetzt.
- Die Lehrinhalte sollen praxisbezogen sein und die Trennung von Lern- und Arbeitswelt verringern.
- Sie sollen die Schüler in die Lage versetzen, die den gesellschaftlichen und individuellen Konflikten zugrunde liegenden Interessen zu durchschauen.
- Die Schüler sollen die Fähigkeit bekommen, zwischenmenschliche Konflikte auf solidarische Weise zu lösen, eigene Interessen zu formulieren und ihnen durch gemeinsames Handeln Nachdruck zu verleihen.
- Das beinhaltet die Erziehung zu ökologischem, sozialen und demokratischen Bewußtsein, die Erziehung zum Frieden und zur Solidarität und Toleranz gegenüber Mitmenschen und anderen Völkern.
- Ziele und Zwecke der Forschung haben den Interessen der Menschen zu dienen, nicht ihrer Entmündigung.



7. Kultur und Medien

Medien und Kultur dienen bisher kaum der Selbstfindung der Menschen durch Förderung von Kreativität und Eigeninitiative, zumal sie sich unter starkem staatlichen Einfluß befinden. Die Finanzierung unterdrückt oft die Selbstbestimmung der kulturell Tätigen. Daher fordern DIE GRÜNEN:

- Förderung der kulturellen Basisbewegung.
- Statt zentraler Nachrichtenversorgung und der Informations- und Zeitungsmonopole fordern DIE GRÜNEN eine vielfältigere Berichterstattung, frei von den Interessen der Wirtschaft und der Parteien.
- Die Einführung des kommerziellen Kabelfernsehens lehnen wir ab.
- Wir fordern die Unabhängigkeit der Redakteure.
- Die Förderung von alternativen Medieninitiativen („Videowerkstätten“).
- Regelmäßige Berichterstattung über die Zusammenhänge der ökologischen Krise.

8. Umwelt und Gesundheit

Gesundheit hängt heutzutage besonders von unseren Lebens- und Arbeitsbedingungen ab. Die ökologische Krise macht die Menschen zunehmend krank, wobei die psychischen Störungen erheblich zugenommen haben. Erkrankungen der Atemwege, des Kreislaufs und zunehmend mehr Krebskrankheiten sind Folgen dieser Krise.

Die GRÜNEN treten für eine alternative, ökologische und ganzheitliche Medizin ein, das heißt für ein Gesundheitswesen, das seine Aufgabe vor allem in der Erhaltung der körperlichen und geistigen Gesundheit jedes Einzelnen sieht. Der präventiven Medizin und Gesundheitsvorsorge, die sich nicht auf sogenannte Vorsorgeuntersuchungen beschränkt, sondern sich verstärkt um Ursachenauklärung und Verbesserung der Lebensbedingungen bemühen soll, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Die herrschende Medizin, allzusehr verquickt mit wirtschaftlichen Interessen einzelner Gruppen, mit Riesenauwand an Medikamenten und Apparaten lehnen wir ab. Eine Heilung in Groß-Krankenhäusern ist fragwürdig geworden.

Deshalb fordern wir:

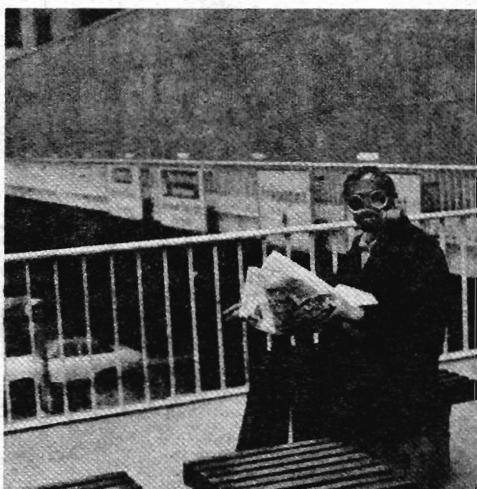
- Eine Ganzheitsmedizin, die die Lebensumstände des Patienten mitberücksichtigt.
- Alternative Heilmethoden auf dezentraler Ebene.
- Medizinische Forschung für eine langfristige Gesundheitsvorsorge.
- Kritische und umfassende Aufklärung über Ernährungsgewohnheiten und Konsumgewohnheiten, die der Gesundheit abträglich sind (Nikotin, Alkohol usw.). Verbot der Werbung hierfür.
- Erziehung der Menschen zur Einsicht in die Zusammenhänge von äußerer und innerer Natur; Aufklärung über ökologische Zusammenhänge.
- Schaffung und Förderung von kleinen medizinischen Zentren, gleichmäßig in Stadt und Land verteilt, in welchen alle medizinischen Teildisziplinen einbezogen sind.

Schließlich beunruhigt uns die Behandlung der psychisch Kranken, die oft isoliert von ihrer Umwelt leben. Wir fordern für diese kleine therapeutische Zentren und die Unterstützung jeglicher Formen von aktiver Selbsthilfe in Patientengruppen.

Auch die Behandlung der Behinderten in unserer Gesellschaft ist kein Ausdruck von „Lebensqualität“. Ähnlich wie die Randgruppen werden sie in die Ecke geschoben. Niemand gibt ihnen die Zuwendung, die sie brauchen. Dabei kann heute jeder aufgrund der ökologischen Bedingungen, in denen wir leben – am Arbeitsplatz und anderswo – körperlich schwer beschädigt werden.

Die GRÜNEN wollen diesen Menschen helfen:

- Durch Bereitstellung von sinnvollen Arbeitsplätzen.
- Durch für sie benutzbare Einrichtungen und Gebäude, vor allem Wohnungen.
- Durch gleiche Ausbildungschancen und Abbau der Diskriminierung der Behinderten; Auch Behinderte haben ein Anrecht auf Erholung und Urlaub zusammen mit Nicht-Behinderten! Allen Behinderten muß eine menschenwürdige, gleichberechtigte Lebensqualität wie auch allen anderen Bürgern garantiert werden.



Anhang

Erklärung zur ökologischen Politik

Ökologische Politik heißt, ökologisch-naturwissenschaftliche und soziale Lebenszusammenhänge bei allen Eingriffen in die Umwelt umfassend und vorrangig zu berücksichtigen.

DIE GRÜNEN wollen deshalb die Wachstums-, Wirtschafts- oder Gesellschaftspolitik des Kapitalismus noch die irgendeines real-existierenden Sozialismus. Von den GRÜNEN ist keine Politik der Großbanken und Großkonzerne, aber auch keine Politik der Politbüros sogenannter kommunistischer Staaten zu erwarten.

Sie haben allerdings auch nicht jene weitverbreitete, gedankenlose Antikommunismuspropaganda der Etablierten nötig, die alle Kommunismusformen, wie z. B. des Ur-Christentums, der Pariser Kommune, des Prager Frühlings, der demokratischen osteuropäischen Oppositionen oder Befreiungsbewegungen von Entwicklungsländern in einen Topf wirft mit denjenigen heutiger sogenannter real-existierender sozialistischer Staaten oder gar des Stalinismus.

DIE GRÜNEN bekennen sich zu jedem demokratischen Widerstand in Europa und in der Welt.

Erst recht ist die Politik der GRÜNEN unvereinbar mit jeder Art von Faschismus.

Wir wissen, daß die Propaganda der Etablierten versuchen wird, DIE GRÜNEN „rot“ oder sogar „braun“ einzufärben. Die doppelte Lüge „grün gleich rot“ oder „grün gleich braun“ soll ihnen Stimmen bringen. Wir antworten darauf: Wir werden dafür sorgen, daß es ihnen nicht gelingt, davon abzulenken, daß die Politik der GRÜNEN – als Lebens-, Friedens- und Umweltschutzpartei – die einzige Alternative ist zu der lebensfeindlichen Wachstums-, Kernenergie- und Atomrüstungspolitik von SPD, FDP und CDU/CSU.

Weitere Informationen können Sie bei folgenden Landesgeschäftsstellen anfordern:

DIE GRÜNEN – Baden Württemberg
Christophstraße 3
7000 Stuttgart 1
Tel. 0711 / 24 68 23

DIE GRÜNEN – Bayern
Tumblingerstraße 20
8000 München 2
Tel.: 089 / 53 090 16

DIE GRÜNEN – Berlin
Fritschestraße 26
1000 Berlin 12
Tel.: 030 / 34 15 096

DIE GRÜNEN – Bremen
Am Wall 164
2800 Bremen
Tel.: 0421 / 32 58 11

DIE GRÜNEN – Hamburg
Holländische Reihe 19
2000 Hamburg 50
Tel.: 040 / 39 017 53

DIE GRÜNEN – Hessen
Bismarckstraße 177
6050 Offenbach
Tel.: 0611 / 81 73 41

DIE GRÜNEN – Niedersachsen
Kramer Straße 10
3000 Hannover
Tel.: 0511 / 32 13 33

DIE GRÜNEN – Nordrhein-Westfalen
Corneliusstraße 15
4000 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 37 08 99

DIE GRÜNEN – Rheinland-Pfalz
Kirchstraße 14
5456 Rheinbrohl
Tel.: 02635 / 39 54

DIE GRÜNEN – Saarland
Paul-Marien-Straße 12
6600 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 6 12 74

DIE GRÜNEN – Schleswig-Holstein
Rutenhöferweg 79a
2370 Rendsburg
Tel.: 04331 / 75 938

Herausgeber:
DIE GRÜNEN
Friedrich-Ebert-Allee 120
5300 Bonn
Tel.: 0228 / 23 30 21/22

Satz:
Satzstudio I. Horlemann
Buschweg 39
5000 Köln 30
Tel.: 0221 / 50 38 62

Druck:
Farbo
Druck & Grafik Team
Gladbacher Str. 17/19
5000 Köln 1
Tel.: 0221 / 52 86 55

© Copyright: **DIE GRÜNEN, Bonn**